

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

40. Jahrgang

12. Februar 2009

Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in der Tarifrunde der Länder

8% mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro - das ist die zentrale und mehr als berechtigte Forderung der in der ver.di, der GEW, der GdP oder auch im Beamtenbund organisierten Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes der Bundesländer

Betroffen von dieser Tarifrunde sind sowohl Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte der Straßenmeistereien, der Unikliniken, der Universitäten und der Polizei, als auch die Beamtinnen und Beamten im kommunalen Bereich, unter anderem auch die der Berufsfeuerwehren.

Die Lüge der leeren Kassen

Der Verhandlungsführer der Länder, der niedersächsische Finanzminister Möllring erklärte gleich zum Verhandlungsbeginn am 25. Januar in Potsdam, dass für eine Einkommenssteigerung in den Dimensionen der Forderung der Gewerkschaften kein Geld da sei. Er war nicht einmal bereit,

auch nur ein Angebot zu machen. Und das in einer Zeit, in der die Bundesregierung "notleidenden Banken" ein 500-Milliarden-Euro-Paket hinterherwirft, in der sie vorgibt, durch Konjunkturprogramme die "Wirtschaft ankurbeln" und durch Steuersenkungen die "Kaufkraft stärken" zu wollen.

Wann, wenn nicht jetzt, kann die Kaufkraft gestärkt werden, indem einer Beschäftigtengruppe, die seit Jahren in den Tarifrunden anderen Branchen hinterherhinkte, endlich eine kräftige Lohnerhöhung bezahlt wird. Wer jetzt in dieser Tarifrunde erklärt, für eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung von 8% sei kein Geld in den öffentlichen Kassen, ist nicht nur vollkommen unglaubwürdig, sondern er entlarvt auch die Politik der Bundesregie-



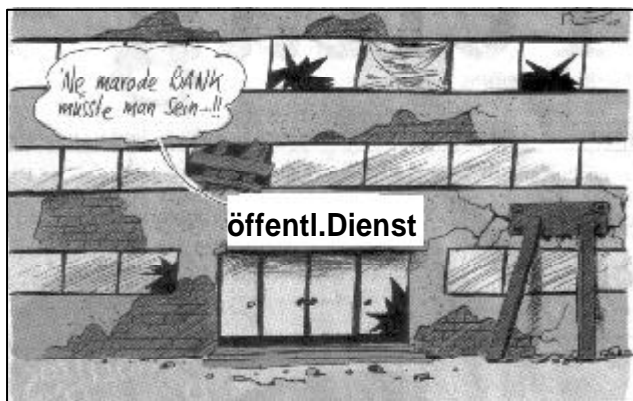
rung, die auch hier die Umverteilung von unten nach oben fortsetzt.

DKP solidarisch

Die DKP Gießen erklärt sich solidarisch mit allen Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes, die sich im Tarifikampf um ihre berechtigten Interessen befinden.

Wir unterstützen Euch in Euren Aktionen, um den notwendigen Druck zu erzeugen, der für die nächste Verhandlungsrunde am 14. Februar notwendig sein wird.

Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren, die von Ministerpräsident Koch aufgekündigt wurde.



"Notleidender Banker müsste man sein!"

Für Frieden und Sozialismus! **DKP**